

Monitoring-Projekt
Zivile Konfliktbearbeitung ·
Gewalt- und Kriegsprävention



Dossier VI

Der Mali-Konflikt

oder: Der Kampf um die Kontrolle
von Nord- und Westafrika

Andreas Buro und Clemens Ronnefeldt
Anfang Juli 2013

Impressum

Herausgeberin:

Kooperation für den Frieden
Römerstraße 88 · 53111 Bonn
Tel. 02 28 / 69 29 04 · Fax 02 28 / 69 29 06
info@koop-frieden.de
www.koop-frieden.de
in Zusammenarbeit mit
dem Förderverein Frieden e.V.

Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V.
Kto.-Nr. 4041 860 401
GLS Bank, BLZ 430 609 67
Stichwort: Monitoring-Projekt

Monitoring-Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung,
Gewalt- und Kriegsprävention
Dossier VI: Der Mali-Konflikt

Grafik & Satz: kipconcept gmbh, Bonn
Fotos: UN-Photos, UNHCR, SIRPA Terre,
dreamstime.com

1. Auflage Juli 2013

Bestellung und Preise siehe Rückseite

Text und v.i.S.d.P.:

Andreas Buro, Clemens Ronnefeldt
c/o Kooperation für den Frieden

Die Dossiers der Monitoring-Reihe
als PDF finden sich unter

www.koop-frieden.de/das-monitoring-projekt/

Kooperation für den Frieden

(www.koop-frieden.de)

ist ein Zusammenschluss friedenspolitisch
aktiver Organisationen und Initiativen in der
Bundesrepublik Deutschland.

Die Kooperation für den Frieden

- organisiert Diskussions- und Beratungsprozesse innerhalb der Friedensbewegung
- fördert den Austausch von Informationen und Einschätzungen zwischen Organisationen und Gruppen
- unterstützt oder initiiert Veranstaltungen und Kampagnen
- veröffentlicht die aus diesen Prozessen hervorgegangenen Positionen
- verbreitet Aktionsvorschläge für die Friedensarbeit
- ermöglicht persönliche Kontakte zwischen Aktiven, z.B. bei der Mitarbeit im Kooperationsrat oder bei den jährlichen Konferenzen.

Mitwirkende der Kooperation für den Frieden

Aachener Friedensmagazin aixpaix; Aachener Friedenspreis e.V.; Aktionsbündnis Freiheit statt Angst e.V.; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden; Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung (asfab); Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow; BI OFFENE HEIDE; Bremer Aktion für Kinder (BAKI); Bremer Friedensforum; Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi); Bund für soziale Verteidigung (BSV); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW); Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); EUCOMmunity; Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK); Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland – Friedensausschüsse; Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden; Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (Fifff) e.V.; Frauen in Schwarz Hamburg; Frauen in Schwarz Köln; Frauennetzwerk für den Frieden e.V.; Friedensbündnis Braunschweig; Friedensfestival Berlin; Friedensforum Münster; Friedensgruppe Altenholz; Friedensinitiative Kyritz-Ruppiner Heide; Friedensinitiative Nottuln e.V.; Friedensrat Müllheim; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand; Heidelberger Friedensratschlag; IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms); IFIAS (Institute for International Assistance and Solidarity); Impuls-Afghanistan e.V., Ravensburg; Infostelle für Friedensarbeit, Meckenheim; IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit; Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig (VB); Komitee für Grundrechte und Demokratie; Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt; Lebenshaus Schwäbische Alb; Leserinitiative PubliK e.V.; Menschen für den Frieden/Anti-Kriegsbündnis Düsseldorf; Mönchengladbacher Friedensforum; NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“; Netzwerk Friedenskooperative; Netzwerk Friedenssteuer; Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorf/er Christinnen und Christen; Ökumenisches Netz Württemberg; Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin; Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF); pax christi/Deutsche Sektion; Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat, Künzell; Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide; Ulmer Ärztinitiative; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA); Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden; Würselener Initiative für den Frieden

Editorial

Bei der militärischen Intervention Frankreichs in Mali im Januar 2013 handelt es sich nicht um ein kurzlebiges Ereignis, das vermutlich bald wieder in Vergessenheit gerät.

Was geschah bisher? Ein lange vorbereiteter und dann scheinbar plötzlicher Einsatz der französischen Truppen. Es folgten die begeisterte Zustimmung in Frankreich und die Beschwörung einer „natürlichen“ Gefolgschaftstreue in europäischen Medien. Und es wurde klar: Der Krieg um Mali soll nach dem Willen der herrschenden Kräfte eine Angelegenheit der Europäischen Union werden. Ferner deutet sich eine vorsichtige Aufgabenteilung der ‚Westmächte‘ an. Die US-Regierung wendet sich mehr Asien und dem Pazifik zu, und die EU soll „the white man’s burden“ („Die Bürde des weißen Mannes“) verstärkt für Afrika übernehmen. Dennoch wahrt die Regierung in Washington mit dem US-Africom-Militärkommando, mit zahlreichen US-Militärbasen und einem neuen US-Drohnenstützpunkt in Niger auch weiterhin ihre eigenen Interessen in Afrika.

Angeblich geht es wieder um die Verteidigung humaner Werte, doch wann war das je der Fall? Nicht in der französischen Kolonialzeit und auch nicht bei den vielen französischen postkolonialen Interventionen in Afrika.

Es ist offensichtlich: Dieser Konflikt wird die EU und damit auch die Bundesrepublik Deutschland als eine wichtige Führungsmacht Europas unmittelbar und langfristig betreffen.

Wir sehen ferner die starken ökonomischen Interessen an Rohstoffen: Uran in Niger für die französischen Atomkraftwerke, das vom weltgrößten Atomanlagenbauer Areva dort abgebaut wird, Öl im angrenzenden Tschad und vermutlich Öl-, Gas- und andere Rohstoffvorkommen wie Gold, Diamanten und Phosphat in Mali selbst. Drogen aus Lateinamerika finden seit Jahrzehnten quer durch die Sahara ihren Weg nach Europa – mit allen kriminellen Begleiterscheinungen dieses „Geschäftszweiges“ wie Entführungen und Geld-Erpressungen. Dazu kommen der Bau und die Sicherung von Transportrouten und Pipelines quer durch den Norden Afrikas.

Dieses Dossier zu Mali will die Hintergründe des Konfliktes und der Intervention beleuchten und Vorschläge machen, was jetzt von den verschiedenen Akteuren getan werden könnte, um die Situation im Sinne einer friedlichen Konfliktbearbeitung zu verändern.

Auf ihrer Strategiekonferenz im Januar 2005 hat die „Kooperation für den Frieden“ – eine Dachorganisation von etwa 60 Friedensorganisationen in Deutschland – beschlossen, ein ‚Monitoring Projekt für Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention‘ aufzubauen, um gewaltsamen, militärischen Konfliktaustrag überwinden zu helfen. Ein Monitor ist ein Mahner, ein Monitum eine Mahnung. In diesem Sinne soll anhand konkreter krisenhafter eskalationsträchtiger Situationen im Einflussbereich von BRD und EU gemahnt werden, rechtzeitig mit zivilen Mitteln zur Deeskalation und – wo möglich – zur Lösung von Konflikten beizutragen. Neben der Situationsanalyse sollen deshalb Vorschläge für Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention unterbreitet und auf gelungene Bemühungen dieser Art hingewiesen werden.

Unser Monitoring soll auch dazu dienen, in Politik, Medien und Öffentlichkeit Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention als Leitkonzepte zu verankern. Damit wollen wir die Möglichkeiten verbessern, über Druck aus der Gesellschaft die Schaffung und Stärkung der für unsere Alternativen erforderlichen Voraussetzungen (Institutionen, Strukturen, Ausbildungen und finanzielle Mittel) in der Politik durchzusetzen.

Wir danken Hanne-Margret Birckenbach, Christine Schweitzer, Werner Ruf und Heinz Werner Wessler für zahlreiche Hinweise zum Inhalt dieses Dossiers.

Andreas Buro und Clemens Ronnefeldt

Historische und aktuelle Aspekte zur Lage in Mali

Mali ist ein historisch bedeutsames Land an der Kreuzung der Handelswege in der Sahara, nicht zuletzt in Timbuktu. Johan Galtung schreibt dazu: „1,2 Millionen Tuareg, Kamel-Nomaden, verbreiteten sich über einige Millionen Quadratkilometer in der Zentral-Sahara, hauptsächlich in Niger und Mali, einige in Burkina Faso, Algerien und Libyen, vereint von der Königin Tin Hinan im 4. oder 5. Jahrhundert mit einer blühenden Kultur, also lange bevor es so etwas wie Frankreich gab. Die Franzosen eroberten, massakrierten, zerstörten die bestehenden Konföderationen und erzwangen die Unterwerfung.“¹ Nach 1880 eroberte Frankreich Mali, zerschlug die alten Strukturen und gliederte Mali seiner Föderation West-Afrika ein. Heute leben in Nord-Mali nur noch etwa 300.000 bis 400.000 Tuareg.

Ab 1960 wurde Mali im Rahmen der Dekolonisation unabhängig. Präsidenten kamen durch Militärputsche an die Macht und verloren sie auf diese Weise auch wieder. 1963 wurde eine Tuareg-Rebellion von der Regierung Malis blutig niedergeschlagen: Es folgten das Kriegsrecht, Brunnen wurden vergiftet, Herden erschossen und Frauen nach Süden zwangsverheiratet. Eine traumatische Situation, verschärft noch durch die Tatsache, dass sich die Tuareg als die besseren Muslime mit einer höheren Kultur fühlten.²

In Mali wurde seit der Staatsgründung 1960 auch gewählt. Allerdings war die Beteiligung bei den Wahlen im Jahre 2007 mit 15 %³ äußerst gering, da die Mehrheit der Menschen in Mali sich keine Änderung ihrer Lebensbedingungen durch den Ausgang der Wahlen erhoffen konnte.

Mali ist etwa so groß wie Frankreich, Deutschland und Polen zusammen. Es hat ca. 12 Millionen Einwohner, die etwa 30 verschiedenen Ethnien angehören, von denen keine dominiert. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung, etwa 10 Millionen Menschen, lebt im südlichen Teil von Mali.

Etwa 95 % der Menschen hängen dem Islam an, der meist relativ liberal ausgelegt wird. Charlotte Wiedemann, hervorragende Kennerin Malis, beschreibt ausführlich die religiöse Situation in diesem Lande und skizziert die Bedeutung von höchst einflussreichen Predigern.⁴

„In der Popularität dieses Predigers (Ousmane Madani Haïdara) spiegelt sich viel von Malis gegenwärtiger Krise – keineswegs nur wegen der dschihadistischen Bedrohung. Das Scheitern einer Fassadendemokratie und der Überdruß an deren politischer Klasse lässt ihm nun Vertrauen zufließen, das anderswo keine Heimat mehr hat. Die meisten Malier, vor allem die Analphabeten, empfinden den Französisch sprechenden Zentralstaat als fern

1 Galtung, Johan: Thinking Mali, Transcend Media Service vom 11.2.2013.

2 Wiedemann, Charlotte: Kriegsziel Restauration? Über Nationbuilding und Erneuerung in Mali, Heinrich Böll Stiftung (Hg.) 3/2013. Eine sehr lesenswerte kenntnisreiche Studie.

3 Stellungnahme von Afrique-Europe-Interact zur französischen Militärintervention in Mali vom 29.1.2013.

4 Wiedemann, Charlotte: Der Mann, der die Wahrheit sagt, Le Monde diplomatique 2/2013.



und fremd ... Seit dem Putsch im März 2012 ist Haidara ein gefragter Vermittler, pendelt zwischen politischen Lagern und verfeindeten Armeefraktionen. Auch andere Religiöse stehen nun auf Malis politischer Bühne, und manchmal scheint es, als würden überhaupt nur sie noch Respekt genießen. Da ist Mahmoud Dicko, der Vorsitzende des Hohen Islamischen Rats, der oberste Repräsentant der malischen Muslime – ein Wahhabit.“

Die Wahhabiten wurden in Mali als Reformer begriffen, was ihnen die Feindschaft Frankreichs eingebracht hat. Mit der Vielfalt der islamischen Strömungen im Lande und dem Respekt ihnen gegenüber in der Gesellschaft dürfte ein erhebliches Potential für Dialogprozesse zur Überwindung malischer Probleme vorhanden sein.

Die Amtssprache in Mali, die nur etwa 10% der Menschen im Land verstehen, ist französisch. Die meist benutzte Sprache ist Bamana, die Sprache der Bambara. Die meisten Menschen in Mali können demnach die auf französisch geführten politischen Debatten in Parlament und Regierung mangels

Sprachkenntnissen nicht verfolgen. Das ist freilich für die Förderung von Demokratie sehr hinderlich und verweist auf ein mangelhaftes Bildungssystem für die Masse der Bevölkerung.

Das Land liegt zum größten Teil in der Sahel-Zone, die sich durch ganz Afrika von West nach Ost erstreckt. Von Nord nach Süden folgen sich: Wüste, Trockensavanne, Feuchtsavanne, tropisches Klima ganz im Süden. Nur etwa 3 % des Bodens sind landwirtschaftlich nutzbar. Die Klimaverschiebung lässt die Wüste nach Süden vordringen und vernichtet Weide- und Ackerland. Dies ist besonders bedrohlich für die Menschen in der nördlichen Hälfte von Mali.

Vor allem im Süden von Mali besteht ein großer Unterschied zwischen Reichen und Armen. Aminata Traoré, ehemalige Kulturministerin und heutige zivilgesellschaftliche Aktivistin, beschreibt das so:

„Wer an Afrika denkt, denkt an Armut, Illegale, Krankheit, Hunger. Dieses Bild ist für unsere junge Generation unerträglich. Wir brauchen eine Umkehr des Blickes. Afrika ist

nicht arm. Die Afrikaner sind verarmt, während eine kleine reiche Elite entsteht, die FüÙe in Afrika, die Köpfe woanders.“⁵

Die Eliten in Politik und Militär sind äußerst korrupt. Sie bereichern sich am Drogenschmuggel aus Lateinamerika nach Europa mit unvorstellbaren Gewinnmargen. Man kauft beispielsweise ein Kilo Kokain bei den Herstellern in Lateinamerika für 2.000 bis 3.000 €. In den Städten der Sahelzone kostet es bereits 12.000 € und in Europa beträgt der Großhandelspreis 30.000 bis 45.000 €. ⁶ Die Eliten bereichern sich auch an den Entwicklungshilfegeldern zum Beispiel des Internationalen Währungsfonds (IWF), während bei der Bevölkerung kaum Hilfe ankommt und die Infrastruktur in jeder Hinsicht vernachlässigt wird.

Vielfach wird international kritisiert, *„dass Spitzen aus Regierung, Militär und Polizei – einschließlich des ehemaligen Präsidenten – seit 2003 eng mit der Al Quaida (AQMI, Al Quaida im Maghreb) bei Schmuggelgeschäften und Lösegeldverhandlungen für entführte Geiseln paktiert und somit die Verankerung von Islamisten im äußersten Norden Malis äußerst fahrlässig begünstigt haben.“⁷*

Der Begriff „Islamisten“ wird weithin mit „islamische Fundamentalisten“ gleichgesetzt, was nach Ansicht vieler Islam-Gelehrter nicht zutreffend ist.

In Ermangelung einer besseren Begrifflichkeit wird im Folgenden der höchst umstrittene Begriff „Islamismus“ für diejenigen Bewegungen verwendet, die zur Verbreitung

eines militanten Islam religiös motiviert in Kampfhandlungen ziehen.

Es ergibt sich das in vielen ehemaligen Kolonialländern zu beobachtende Bild: Ausbeuterische Eliten arbeiten eng mit westlichen Konzernen aus den ehemaligen Kolonialmächten zusammen, denen sie günstige Lizenzen vermitteln. Im Gegenzug erhalten diese Waffen zur Unterdrückung und Ausbeutung der eigenen Bevölkerung. Die politische Stabilität steht auf einem äußerst schwachen Fundament, ein Vorbild an Demokratie war Mali bisher sicherlich nicht.

Die Tuareg-Stämme stellen im Norden von Mali rund ein Drittel der etwa 1,2 Millionen Einwohner. Sie verteilen sich auf viele verschiedene Clans mit durchaus differierenden Interessen. Sie wünschen eine stärkere Beteiligung an den Reichtümern Malis und zum Teil einen eigenen Staat (Azawad) oder zumindest mehr Autonomie. Es gibt eine lange Geschichte der Aufstände und Verhandlungen zwischen Nord und Süd. Doch eine befriedigende und befriedende Lösung wurde in der Vergangenheit nicht erreicht. ⁸

Die Menschen im Süden von Mali haben ein starkes Nationalbewusstsein. Trotz der vielen Ethnien spielt die ethnische Frage keine große Rolle. Allerdings sind die Tuareg kaum in den nationalen Konsens eingebunden. Sie haben die Regierung in Bamako eher als repressiv kennen gelernt.

„Viele Tuareg hatten den Abzug der französischen Kolonialherren mit Bedauern gesehen,

5 Traoré, Aminata: Ein anderer Blick auf Mali, taz 20.4.2013, S. 14.

6 Eine ausführliche Darstellung gibt Anne Frintz: Drogenschleuse Westafrika, Le Monde diplomatique 2/2013.

7 Afrique-Europe Interact, Beilage zur taz vom 8.6.2013.

8 Ausführliche Übersichten zu Mali sind u. a.: Jahn, Egbert: Der neue westliche Interventionskrieg in Mali. Frankfurter Montagvorlesungen, 4.2.2013, Politische Streitfragen in zeitgeschichtlicher Perspektive; Ruf, Werner: Mali: Interessen, Intrigen, Interventionen, in: IMI-Standpunkte, Ausdruck 2/2013.

das galt vor allem für die adligen Ifoghas. Sie profitierten von der französischen Politik des „teile und herrsche“, genossen Privilegien, bekamen Waffen.

Die Psychologie dieses Konflikts scheint im Jahre 2013 kaum anders als 50 Jahre zuvor: Malischer Nationalstolz gegen Tuareg-Stolz.“⁹

In Süd-Mali gibt es aktuell über 2.000 Nichtregierungsorganisationen (NROs) und unzählige traditionelle Zusammenschlüsse auf der dörflichen Ebene. Nicht alle wollen eine Modernisierung des Landes. Ihre Ziele sind höchst unterschiedlich. Teilweise passen sie sich den bestehenden Herrschaftsstrukturen an. Die NROs lassen sich grob in die Gruppe der Anti-Putschisten und der Pro-Putschisten in Bezug auf den Militärputsch 2012 einteilen. Fraglich ist, ob und wie weit sie eine Gegenmacht gegen das Establishment sein können.

Gegenwärtig scheint der gesteigerte Patriotismus im Süden zu einer Haltung der Intoleranz gegenüber jeglicher Kritik zu führen. Dieser Patriotismus bezieht sich auf Mali, nicht aber auf die Regierung. Das Verhältnis zum Staat ist dagegen eher kühl.¹⁰

Im Zuge der Dekolonisation hat Frankreich mit vielen Staaten Westafrikas Militärabkommen geschlossen, die ihm in den jeweiligen Ländern eine Stationierung seiner Truppen gestatten. Mit dem Eingreifen französischer Truppen im Januar 2013 gegen Rebellen in Nord-Mali hat Frankreich die Militäreinsätze in dem neuen Jahrhundert

weiter fortgesetzt: Elfenbeinküste 2002, 2004, 2011, Tschad 2008, Libyen 2011 und jetzt eben Mali 2013.

Eskalationsentwicklung

Im Frühjahr 2012 rebellierten Teile des malischen Militärs wegen schlechter Bezahlung und Ausrüstung und auch gegen die Korruption der Eliten. Ein weiterer Grund war der Aufstand der Tuareg im Norden des Landes. Das Militär stürzte, angeführt von unteren Dienststrängen, den langjährigen Präsidenten Amadou Toumani Traoré. Bei diesen Kämpfen wurden viele schlecht ausgebildete und ungenügend bewaffnete malische Soldaten getötet. Der Putsch wurde von großen Teilen der armen Bevölkerung begrüßt und ist nicht in eine Militärdiktatur gemündet.

„Die handfeste Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses in Mali war nicht nur der politischen Elite des Landes ein Dorn im Auge, sondern auch externen Akteuren – insbesondere westafrikanischen Regierungen, die Nachahmungseffekte befürchteten, und natürlich Frankreich, das die durchaus begründete Sorge umtrieb, auf diese Weise in seiner politischen und ökonomischen Vormachtstellung in Mali bzw. der gesamten Region empfindlich geschwächt zu werden. Entsprechend wurde der demokratische Aufbruch in Mali seitens der benannten Akteure von Anfang an massiv torpediert.“¹¹

09 Zu dem ganzen Komplex: Die höchst interessante Studie von Wiedemann, Charlotte: Die Krise in Mali, Heinrich Böll Stiftung 12/2012.

10 Wiedemann, Charlotte 2013 ebd.

11 Stellungnahme von Afrique-Europe-Interact ebd.

Frankreich und die Europäische Union sperrten daraufhin Waffenzufuhren und Entwicklungshilfegelder, um das rebellierende malische Militär zu schwächen. Trotzdem fanden Kämpfe zwischen Militärrebelln und der Präsidenten-Leibgarde statt. Durch die Einsetzung von Dioncounda Traoré als Interimspräsidenten, einer Symbolfigur der alten Eliten, der die meisten Menschen in Mali nicht mehr trauen, wurde der Konflikt vorerst stillgelegt.¹²

Tuareg-Gruppen erklärten am 6.4.2012 die Unabhängigkeit des Nordens mit den drei Präfekturen Timbuktu, Gao und Kidal und nannten ihn „Azawad“. Ein Anspruch auf die Herrschaft in Mali insgesamt wurde nicht erhoben. Andere Staaten erkannten den neuen Staat nicht an. Die militärische Schlagkraft im Norden wurde durch Tuareg-Söldner aus Libyen verstärkt, die mit modernen Waffen aus dem Arsenal von Gaddafi, die ihm einst von Frankreich geliefert worden waren, schon vor dem Putsch seit Januar 2012 nach Mali zurück gekehrt waren.

Die Gruppe Afrique-Europe-Interact erklärte im Dezember 2012: „Seit Ende Juni 2012 wird der gesamte Norden Malis von drei islamistischen Milizen – Ansar Dine, AQMI (Al Quaida im Maghreb) und MUJAO – beherrscht. Vorausgegangen war eine im Januar 2012 begonnene Rebellion der neu gegründeten Tuareg-Organisation MNLA (Abk. von ‚Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad‘) sowie ein von großen Teilen der malischen Bevölkerung bis heute begrüßter Putsch gegen den langjährigen Präsidenten Amadou Toumani Touré am 22. März 2012. Entsprechend dramatisch sind die Konsequenzen dieser Mehr-

fachkrise: Erstens mussten seit Beginn der Auseinandersetzungen knapp 500.000 Menschen fliehen, teils in Nachbarländer, teils in den Süden Malis. Zweitens hat sich die ohnehin angespannte Ernährungslage im vergangenen Jahr massiv zugespitzt: Konkret sind derzeit ca. 4,6 Millionen Menschen von Lebensmittelunsicherheit in Mali bedroht, wobei vom Welternährungsprogramm gerade mal 360.000 Menschen im Süden und 148.000 im Norden erreicht werden. Drittens ist seitens der islamistischen Milizen im Norden ein brutales, von der Bevölkerung nahezu einhellig abgelehntes Scharia-Regime errichtet worden – mit katastrophalen Konsequenzen insbesondere für Mädchen und Frauen. Viertens ist die gesamte Wirtschaft des ökonomisch sowieso extrem armen bzw. arm gemachten Landes negativ betroffen – unter anderem deshalb, weil die reichen Industrieländer im Zuge des Putsches die sog. Entwicklungshilfe weitgehend zurückgefahren haben. So mussten allein in der Hauptstadt Bamako im vergangenen Jahr 20 Prozent der Fabriken schließen, 60 Prozent haben Entlassungen vorgenommen. Insgesamt haben mehrere zehntausend Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, während gleichzeitig die Preise für Brennstoff, Gas und Güter des täglichen Bedarfs massiv angestiegen sind, zum Teil um 100 Prozent.“¹³

Der UN-Sicherheitsrat beschloss vier Resolutionen: Nr. 2056 am 5.7.2012 zur Wiederherstellung der konstitutionellen Ordnung in Mali; Nr. 2071 am 12.10.2012, in der gesagt wird, dass die Economic Cooperation of West African States (ECOWAS) und die Afrikanische Union (AU) einen Plan für eine Intervention gegen die Abtrennung

12 Wiedemann, Charlotte: In zweifelhafter Mission, taz 21.1.2013.

13 www.afrique-europe-interact.net, unter anderem in einer Anfang Dezember als taz-Beilage veröffentlichten Massenzeitung.

des Nordens ausarbeiten sollen. Die Resolution 2085 vom 20.12.2012 autorisiert eine afrikanisch-geführte International Support Mission (AFISMA) zur Wiederherstellung von Malis konstitutioneller Ordnung und Integrität. ECOWAS beschloss demgemäß, Truppen zu entsenden, um die Abspaltung zu verhindern. An der internationalen Unterstützungsmission für Mali (MISMA) beteiligten sich acht muslimische und christliche, frankofone und anglofone Länder: Togo, Benin, Senegal, Niger, Guinea, Burkina Faso, Nigeria, Ghana und Tschad. Auffällig ist, dass außer Nigeria und Ghana alle genannten Truppensteller-Länder ehemalige französische Kolonien sind. MISMA sollte allerdings erst bis September 2013 in Mali eintreffen. Als dann die französischen Truppen in Mali eingriffen, stimmte der UN-Sicherheitsrat der französischen Intervention nachträglich in verklausulierter Form zu.

Am 25. April 2013 etablierte der Sicherheitsrat mit Resolution 2100 die United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA). Es bildeten sich verschiedene Tuareg-Gruppierungen, die sich z.T. mit islamistischen Gruppierungen von der Grenze Algeriens her kommend verbündeten.¹⁴ Die Städte im Norden wurden von ihnen erobert. Medienberichte behaupteten Anfang des Jahres 2013, die Rebellen des Nordens wären nun auf dem Vormarsch nach Bamako, der Hauptstadt Malis, um ganz Mali zu unterwerfen.

Diese Behauptungen dürften sehr unwahrscheinlich sein, da die Islamisten nach Schätzung westlicher Geheimdienste ledig-

lich über etwa 2.000 Kämpfer verfügten, womit sie niemals das riesige Gebiet, bevölkert mit etwa 10 Millionen Menschen, hätten kontrollieren können. Einige Menschen in Mali behaupten, dass die Islamisten nur den Flughafen im nahen Sevaré, etwa an der Linie zwischen Süd- und Nord-Mali, besetzen wollten, um dort das Landen von malischen und ausländischen Truppen zu verhindern.¹⁵ Diesen Stimmen zufolge wäre die Legitimation für die französische Intervention höchst fraglich, zumal die Übergangsregierung in Bamako keine überzeugende Legitimität für ihren an Frankreich gerichteten „Hilferuf“ besaß. Andere Stimmen, vor allem in Bamako, gehen davon aus, dass die Rebellen über die Kontrolle des Flughafens hinaus weiterreichende Pläne hatten.

Frankreich, das immer wieder militärische Interventionen in Westafrika durchgeführt hat, hatte sich allem Anschein nach schon längere Zeit auf ein militärisches Eingreifen in Mali vorbereitet, das am 11. Januar 2013 dann auch – auf Anforderung des malischen Interimspräsidenten – erfolgte.

In den Tagen vor der französischen Intervention hatten DemonstrantInnen verlangt, die immer wieder verschobenen ‚Concertations nationales‘ – eine Art Volksversammlung aller gesellschaftlichen Gruppen – einzuberufen, die auf einer breiten gesellschaftlichen Basis – über die alten Eliten mit Präsident und Parlament hinaus – grundsätzliche politische Entschlüsse diskutieren und verabschieden sollten. Dazu sollte auch ein Fahrplan für den politischen Übergang und für die Lösung der Krise im Norden gehören.

14 Ausführlich zu den Tuareg und anderen Rebellengruppierungen s. Ruf, Werner a. a. O.

15 Wiedemann, Charlotte: In zweifelhafter Mission, taz 21.1.2013.

Die militärische Intervention Frankreichs hat dies verhindert.¹⁶

Sehr schnell hat Frankreich die wichtigsten Städte in Nord-Mali zurück erobert. In der EU herrschte Zustimmung zur französischen Intervention vor. Die BRD beteiligte sich mit Transportflugzeugen und seit März 2013 an der Ausbildung malischer Truppen.

Am 16. Januar 2013 überfielen islamistische Rebellen die Anlagen auf dem algerischen Nass-Naturgasfeld Tigantourine bei Aménas. Als Grund für ihre Aktion nannten die Geiselnnehmer vor allem die algerische Zustimmung zu Überflügen von französischen Kampfflugzeugen nach Mali im Rahmen ihrer dortigen Intervention ‚Operation Serval‘. Die Geiselnahme wurde blutig beendet. Sie offenbarte mit aller Deutlichkeit die Wahrscheinlichkeit der Ausweitung des Mali-Konfliktes in weitere Staaten der Sahelzone.

Um eine friedliche „malische Lösung“ des Konflikts haben sich die politischen Akteure nicht bemüht, obwohl früher immer wieder Kämpfe und Verhandlungen mit den Tuaregs stattgefunden hatten.

„Wenn von dialogorientierter Lösung die Rede ist, dann waren damit ursprünglich die bis Anfang Januar in Burkina Faso und Algerien laufenden Verhandlungen der malischen Regierung mit Ansar Dine sowie der Tuareg-Organisation MNLA gemeint. Denn anders als AQMI und MUJAO setzt sich Ansar Dine mehrheitlich aus malischen Kämpfern zusammen. Viele von ihnen sind Tuareg, mehr noch: gegründet wurde Ansar Dine von dem früheren (damals noch nicht islamistisch orientierten) Tuareg-Führer Iyad Ag Ghaly, der seit Jahr-

zehnten eine zentrale Figur des politischen Lebens in Mali ist. Erwartet wurde also, dass es kurz- bis mittelfristig möglich sein müsste, einen Keil zwischen Ansar Dine einerseits und AQMI und MUJAO andererseits zu treiben und dadurch letztere militärisch und politisch zu isolieren und sie somit – als einem ersten Schritt – wieder in den äußersten Norden des Landes zu jagen, wo sie bereits seit vielen Jahren das Transsahara-Schmuggelgeschäft (u.a. Kokain und Zigaretten) mitbestimmen.“¹⁷

Friedenskräfte aus der süd-malischen Gesellschaft planten einen „weißen Marsch“ nach Norden, um einer militärischen Auseinandersetzung entgegen zu wirken. Dieser kam jedoch aufgrund der sich überschlagenden Ereignisse der Militärintervention nicht zustande. *„Trotz ausdrücklicher Befürwortung seitens des malischen Innen- und Verteidigungsministeriums sowie vom malischen Übergangspräsidenten hat das französische Militär die Straße zwischen Segou und Mopti nicht für die Busse der seit November geplanten ‚Bürgerkarawane für Frieden‘ (ursprünglich: ‚Weißer Marsch‘) freigegeben. Nach zwei Absagen (...) haben die an dem Projekt beteiligten Basisgruppen aus der malischen Zivilgesellschaft daher entschieden, die Friedenskarawane auf den nächstmöglichen Zeitpunkt zu verschieben.“¹⁸*

Die inhaltlichen Forderungen des Weißen Marsches lauteten: *„Erstens Ablehnung der Scharia ohne jedes Zugeständnis, zweitens Ablehnung der Errichtung neuer Grenzen, was durch die Besetzung des Nordens aktuell der Fall ist und drittens Ablehnung des (neokolonialen) Landgrabbing, den die derzeitige Abtrennung des Nordens de facto darstellt – eine*

16 Wiedemann ebd.

17 Näheres hierzu findet sich bei www.afrique-europe-interact.net

18 Näheres hierzu findet sich bei www.afrique-europe-interact.net

Formulierung, die vor allem darauf verweist, dass der Norden Malis nicht nur staubige Wüste ist, sondern geostrategisch umkämpftes Gelände, auch was Bodenschätze wie Uran, Öl und seltene Erze (sowie Gas, Gold und Phosphate, Anm.: A.B.) betrifft. Jenseits dessen wirbt der Weiße Marsch aber auch für eine wirklich nachhaltige Verständigung mit den Tuareg im Norden des Landes – nicht nur, weil die MNLA an den Verhandlungen beteiligt ist, sondern auch weil die islamistischen Tuareg rund um Ansar Dine ein erhebliches Interesse an einem solchen Friedensschluss haben.“¹⁹

Für Anfang Mai 2013 wurden Basisinitiativen aus dem gesamten Land zu einem „Bürgermahl“ (dèjeneur citoyen) nach Bamako eingeladen, um einen gemeinsamen Suchprozess nach einer friedlichen Lösung einzuleiten. Auch die Übergangsregierung hat eine 33-köpfige Kommission für Versöhnung und Dialog eingesetzt. Sie besteht allerdings fast ausschließlich aus Personen der bisherigen politischen Eliten, womit die Unter- und Mittelschicht der Gesellschaft weitgehend ausgeschlossen bleibt (ebd.).

Die malischen Truppen rächen sich immer wieder an der Bevölkerung in den rückeroberten Städten. Sie halten die nicht geflohenen weißen, arabischen und Tuareg-EinwohnerInnen für Kollaborateure der Rebellen, obwohl es sich meistens um die ärmsten Menschen handelt, die nicht die Mittel zur Flucht hatten.

Die Rebellen und die islamistischen Kräfte haben sich in wenig zugängliche Gebiete von Nord-Mali zurückgezogen. Von dort aus oder durch so genannte ‚Schläfergruppen‘ werden immer wieder Bombenattentate und

Angriffe ausgeführt. Sie werden dort von der französischen Luftwaffe angegriffen.

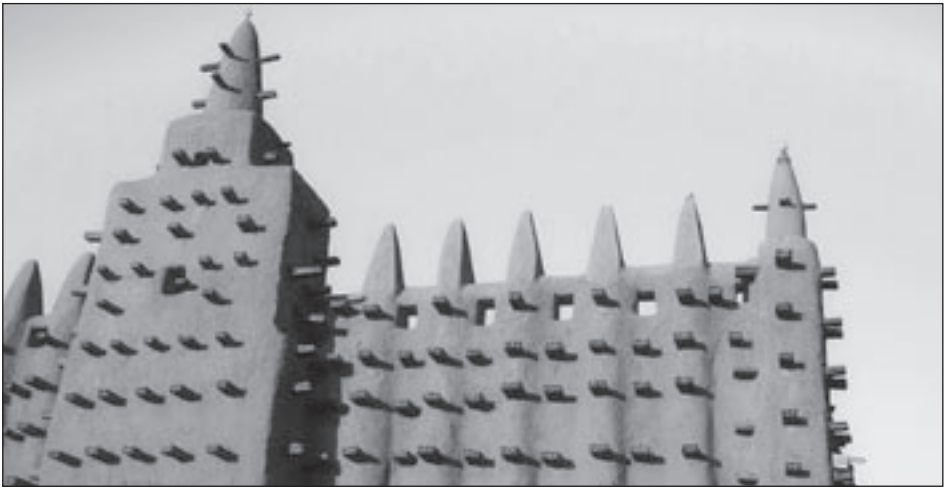
Die von vielen Menschen in Mali geteilte Hoffnung auf Friedensverhandlungen hat sich am 3. Januar 2013 zerschlagen, nachdem Ansar Dine seine zwischenzeitlich in Aussicht gestellte Verhandlungsbereitschaft aufgekündigt und stattdessen zusammen mit AQMI und MUJAO die bewaffnete Auseinandersetzung mit der malischen Armee an der südlichen Demarkationslinie gesucht hat (inklusive Intervention französischer Soldaten).

Am 2. Mai 2013 wurde ein ‚Hoher Rat des Azawads‘ aus einer Gruppierung ‚Tuareg für den Frieden‘ gebildet. Sein Präsident sagte, man sei sich der Notwendigkeit bewusst, alle Söhne von Azawad innerhalb eines gemeinsamen Organs zu vereinen. Man wolle durch Dialog eine politische Verhandlungslösung finden. Der Hohe Rat sei eine friedliche Bewegung, die nicht die Unabhängigkeit eines Teils des nördlichen Malis fordere und gegen jede Idee der Teilung dieser Region und gegen Terrorismus sei. Es sei bereits ein erster Kontakt mit der Dialog- und Versöhnungskommission, die Anfang März 2013 von der Regierung in Bamako eingesetzt worden ist, aufgenommen worden. Der Präsident lud die wichtigsten Tuareg-Bewegungen aus der Region Kidal, die islamistische Bewegung des Azawad (MIA) und die Nationale Bewegung für die Befreiung von Azawad (MNLA) ein, sich in den Hohen Rat zu integrieren.²⁰

Trotz der Vertreibung der nord-malischen Rebellen aus den von ihnen besetzten Städten gehen die Kämpfe weiter – Geiselnahmen, Sprengstoffanschläge greifen auf

19 Näheres hierzu findet sich bei www.afrique-europe-interact.net

20 AFP 5.5.2013.



die Nachbarländer Niger und Tschad über. Tunesien führt Krieg gegen islamistische Gruppen, vermutlich Veteranen aus Mali.²¹ Tunesische Jihadisten sind ebenfalls dabei: In Tigentuarine wurden elf Tunesier getötet. Die islamistische Gruppe MUJAO bekannte sich zu Anschlägen auf eine Militärbasis und auf eine französische Uran-Förderungsanlage in Niger. Der französische Verteidigungsminister kommentierte:

„Man muss nun verhindern, dass im Norden Nigers oder in Teilen des Tschad identische Risiken entstehen.“²²

Frankreich begann bereits kurz nach der Militärintervention mit der Reduzierung seiner Interventionstruppen. Sie sollen bis Ende 2013 auf etwa 1000 Mann verringert werden. UN-Truppen u. a. aus Burkina-Faso, dem Senegal und aus Niger sollen künftig Stabilitätsfunktionen übernehmen.²³

Für den 28. Juli 2013 sind Wahlen in

Mali angesetzt. Gelder für Entwicklung vom Ausland sollen erst wieder gewährt werden, wenn es eine gewählte Regierung in Mali gibt. Von der Zivilgesellschaft wird der Zeitpunkt der Wahlen mehrheitlich abgelehnt, da es bislang keine Wahlregister gäbe, die Zeit zu kurz sei, um neue Parteien zu konstituieren, und laut UNHCR noch etwa 475.000 Menschen aus Mali auf der Flucht seien. Man fürchtet, dass nur die alten korrupten Eliten von einer frühen Wahl profitieren würden.²⁴

Am 7.6.2013 meldete die Frankfurter Rundschau, es bahne sich ein Angriff der malischen Armee auf Kidal, der Hochburg der Tuaregs, an. Kidal wurde mit dem Einverständnis Frankreichs nach wie vor von der Tuareg-Organisation MNLA verwaltet, die in Frankreich als die Vertretung der Tuareg angesehen wird, die jedoch in den militärischen Kämpfen kaum noch Bedeutung hatte.

21 TAZ 17.5.2013.

22 TAZ v. 24. und 25. 5. 2013.

23 FR 17.5.2013.

24 TAZ 17.5.2013.

Amnesty International kritisiert die schweren Menschenrechtsverletzungen, die von beiden Seiten begangen wurden.²⁵

Die Lage in Mali scheint paradox – das hat ein zweiwöchiger Delegationsbesuch des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact im März 2013 deutlich gemacht:

„Einerseits begrüßen große Teile der Bevölkerung die französische Militärintervention gegen die islamistischen Kräfte im Norden des westafrikanischen Landes. Andererseits wird vehement kritisiert, dass Frankreich seine Präsenz nutzt, um eigene politische und ökonomische Interessen durchzusetzen. Hierzu gehört der ungehinderte Zugang zu strategisch wichtigen Ressourcen im Sahara-Raum (u.a. Uran) genauso wie die Wiedereinsetzung der alten Eliten in der Hauptstadt Bamako.“ (http://afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=944&clang=0).

Aminata Traoré, von 1997–2000 Kulturministerin in Mali und jetzt eine bekannte zivilgesellschaftliche Aktivistin, sagte am 17.4.2013 in Berlin:

„Wie kam es zur französischen Intervention? Eigentlich wollten die Tuareg-Rebellen über Azawad verhandeln. Aber die, die den Krieg wollten, sagten: Man kann ihnen nicht trauen, es sind Islamisten. Niemand fragt: Warum konnten Islamisten bei uns so stark werden? Es sind die Islamisten, die Brunnen bohren, die sich um die Bevölkerung dort kümmern, wo der Staat nichts mehr tut. Heute werden sie zu Hunderten getötet. Auf Bildern der Toten sieht man junge Kämpfer, fast noch

Kinder. Sie gingen zu den Islamisten, um ihre Familien zu ernähren.... Mali hat den falschen Entwicklungsweg eingeschlagen: einen Kapitalismus ohne Kapital. Wir haben weder einen aktiven Staat noch einen fähigen Privatsektor. Wir haben nur Händler, jeder sucht Vorteile für sein Dorf, will Anteile von der Geldwäsche und geht in die Politik, um Geld zu verdienen. Die Landwirtschaft liegt am Boden. Dieser malische Kapitalismus ist zusammengebrochen.“²⁶

Charlotte Wiedemann schreibt in der Studie „Kriegsziel Restauration?“²⁷

„Eine Erneuerung von Malis Demokratie kann es nur von unten geben. Im Norden mit den zerstörten Beziehungen und den zerschlagenen Rathäusern ist dies besonders offenkundig, aber es gilt auch für den Rest des Landes. Einen besseren, transparenteren Staat wird es nur geben, wenn die Bürger ihn erzwingen, als Teil von Malis Selbstheilung, als Teil eines neuen Nation-Building. Die Bevölkerung an der Basis mit der schwierigen Aufgabe der Aussöhnung zu beschäftigen, während die politische Klasse ihr altes Spiel treibt, das wäre eine zynische Arbeitsteilung. Die größte Gefahr ist gegenwärtig die Restauration. Die Wiedererrichtung jener Fassaden-Demokratie, die Ausgangspunkt der malischen Krise war.“

In der Studie „Die Krise in Mali“²⁸ beschrieb sie ausführlicher die Machtkonstellationen in dem Land:

„Die Exzesse im Namen einer dumpf interpretierten Scharia werden von allen muslimischen Strömungen des Landes scharf kritisiert, mit Verzögerung auch von den Wortführ-

25 FR 8.6.2013.

26 Aminata Traoré: Ein anderer Blick auf Mali, taz 20.4.2013.

27 Wiedemann, Charlotte: 2013

28 Wiedemann, Charlotte: 2012

ern der Wahhabiten, deren Anhängerschaft auf 15 Prozent der malischen Muslime geschätzt wird. Sie nehmen zwar ihrerseits Anstoß an Praktiken des sufistisch orientierten Mehrheits-Islam, wie etwa die Verehrung von Heiligen, würden deren Mausoleen aber nicht zerstören. Auch hier spielt wieder Nationalstolz eine Rolle: Die mächtigsten Al-Kaida-Führer im Norden sind Ausländer; von denen wollen sich auch malische Wahhabiten nicht belehren lassen. Wer glaubt, ganz Mali sei allein aufgrund seiner Armut ein fruchtbarer Boden für einen radikalisierten Islam, übersieht die Macht der Marabouts, der traditionellen Religionsführer, die gerade unter den Ärmsten die meisten Anhänger haben und mit Geld und Raffinesse ihre Position zu wahren wissen.

Im Zuge der malischen Krise kann nicht von einem Angriff ‚des Islam‘ auf den säkularen Staat die Rede sein, auch nimmt die Anhängerschaft radikaler Vorstellungen nicht nachweisbar zu. Jedoch spielen muslimische Akteure unterschiedlicher Couleur eine wachsende Rolle auf dem politischen Parkett – und der Grund dafür ist wiederum die umfassende Krise der Repräsentativität. In einem Klima hochgradigen Misstrauens gegenüber allen Politikern genießen nur die Religiösen Respekt. Von ihnen wurden die einzigen großen Kundgebungen für Frieden und nationale Einheit veranstaltet.

In dramatischen Momenten der jüngsten Vergangenheit traten prominente muslimische Autoritäten auf den Plan, um im politischen Lagerkampf zu vermitteln. Als sich im November 2012 zwei verfeindete Polizei-Gewerkschaften mit Entführungen bekämpften, sorgte Mahmut Dicko, der Vorsitzende des Hohen Islamischen Rats, ein ehrgeiziger Wahhabit, für die Freilassung der Entführten. Fast zur selben Zeit pendelte sein sufistischer Kontrahent Chérif Ousmane Haidara, der populärste malische

Prediger, zwischen dem Präsidentenpalast und der Garnison der Putschisten, um die beidseitige Teilnahme an den Concertations zu ermöglichen. Haidara hatte bereits vorher zwischen den gegnerischen Fraktionen des malischen Militärs vermittelt. Den Weg dazu hatten die Frauen der Soldaten geebnet; Haidara hat besonders viele weibliche Fans.

Unbeachtet von der internationalen Öffentlichkeit hatte eine dritte religiöse Autorität entscheidenden Anteil daran, dass der Putschisten-Führer Hauptmann Amadou Sanogo die Macht zumindest formell wieder in zivile Hände gab. Der «Chérif de Nioro» ein Groß-Marabout aus der Stadt Nioro, war dafür mit wehenden Gewändern in Sanogos Garnison gekommen. Zugleich positionierte sich der Chérif in inhaltlichen Fragen auf Seiten der Putschisten, gegen die alte politische Klasse. Die Dynastie dieses Marabouts ist im ganzen Sahel legendär wegen ihres Widerstands gegen die französische Kolonialmacht.

Die Rolle religiöser Akteure in der malischen Krise verweist auf die unterbewerteten Potentiale nicht-militärischer Konfliktlösung. Sie verweist aber auch auf eine gefährdete Laizität. Denn die Laizität lässt sich nur verteidigen, wenn die weltlichen Institutionen an den Bedürfnissen der Bürger ausgerichtet sind. Den Glauben daran haben viele Malier verloren – und das ist das Zentrum der Krise.“

Heinz Werner Wessler, Mitglied der Pax Christi Afrika-Kommission, schreibt:

„Der Konflikt im Norden Malis wirkt wie ein Katalysator für das französische Überwachungsregime in der Sahelzone. Die geschickt lancierten Horrormeldungen über islamistische Exzesse in Nord-Mali haben ein Zeitfenster der Militarisierung aufgetan. Das Projekt arbeitet mit der Suggestion, mit militärisch-chirurg-

gischen Lösungen ließe sich das ‚Problem‘ des Jihadismus in den Griff bekommen. Die Zeit spielt jedoch gegen die Militärs. Der Wüstenkrieg à la française verschafft nicht mehr als eine Atempause.

Mit der Zeit wird es schwer fallen, den Ein-
druck zu vermeiden, hier gehe es um ein neoko-
loniales Großprojekt im neuen Gewand.“²⁹

Die Rolle der USA

Die USA orientieren sich verstärkt auf die asiatisch-pazifische Region. Trotzdem ist Afrika für sie nach wie vor ein Kontinent von erheblichem Interesse. Während bislang die USA die eindeutige Führerschaft in der NATO und gegenüber den NATO-Mitgliedern beanspruchten, vollzieht sich gegenwärtig ein vorsichtiger Wechsel. Großbritannien soll weitgehende militärische Verantwortung „East of Suez“ bis zum persischen Golf übernehmen,³⁰ während Frankreich, möglichst zusammen mit der EU, für die militärische Kontrolle von Nord- und Westafrika zuständig sein soll. Unter diesen Voraussetzungen gewinnt der Mali-Konflikt eine ganz neue Dimension.

- Seit 2004 finden jährlich im ganzen Sahel-Gebiet unter dem Namen ‚Flintlock‘ umfangreiche Manöver fast aller Sahel-Staaten unter Führung von US-Truppen statt.

- 2007 bezogen die USA 13 % ihrer Ölimporte aus Afrika und beabsichtigten, diesen Anteil auf 25 % zu steigern.
- Die USA haben 2007 ein eigenes Regionalkommando der US-Streitkräfte für Afrika (Africom) gebildet, das für alle 56 Staaten Afrikas zuständig ist. Dessen Sitz ist zur Zeit noch in Stuttgart.
- In Niger – einem Nachbarland von Mali – ist eine Drohnen-Station eingerichtet, etwa 100 US-Soldaten sind dort stationiert. Der Schritt zu bewaffneten Drohnen mit Killeraufträgen dürfte nicht groß sein. Mit Aufklärungsflügen von Burkina Faso und Sizilien aus hatten die US-Streitkräfte den französischen Wüstenkrieg bereits vorbereitet und unterstützt.³¹ Etwa 3.000 US-Militärberater, so viele wie noch nie, sind gegenwärtig in West- und Ostafrikanischen Staaten stationiert.³²
- Die USA bildeten vor 2012 vier malische Einheiten in der Terrorismus-Bekämpfung aus. Drei davon liefen später zu den nord-malischen Rebellen über (vgl. <http://www.taz.de/!109837/>).
- Die Kernlegitimation für die militärischen Aktivitäten heißt Terrorismusbekämpfung. „Der Anti-Terrorkampf legte den Grundstein für eine enge militärische und sicherheitspolitische Kooperation Algiers mit Washington.“³³ Anscheinend galt dabei das Motto, wenn es keine Terroristen gab, so musste man Banden oder Geheimdienstleute zu solchen umfunktionieren,

29 pax-zeit, hg. von Pax Christi Deutschland, 1/2013.

30 Wagner, Jürgen: Empire Redux? Großbritannien will erneut die imperiale Bürde „östlich von Suez“ schultern, in: IMI-Standpunkt, Ausdruck 3/2013.

31 FR 15.2.2013 und SZ 23./24.2.2013.

32 FR 25.6.2013.

33 Ruf, Werner: Mali: Interessen, Intrigen, Interventionen in: IMI-Standpunkt, Ausdruck 2/2013. Hier finden sich auch die obigen Angaben.

denn man brauchte „Terroristen“, um den militärischen Einsatz für ökonomische Ziele zu rechtfertigen.³⁴

Der Bezug der EU, Frankreichs und Deutschlands zu dem Konflikt

- Anfang 2011 formulierte die EU bereits eine „Strategie für Sicherheit und Entwicklung im Sahel“. Gestützt auf diese Strategie, führten die USA, Frankreich, Deutschland u. a. seit dem Frühjahr 2013 Programme zur Ausbildung von „Sicherheitskräften“ und zur Aufrüstung der Region durch. Die EU finanzierte umfangreich den Aufbau polizeilicher und militärischer Infrastruktur auch im Norden Malis.
- *„Die Reaktion auf die Probleme der Region besteht somit in einer entgrenzten Aufstandsbekämpfung, in der afrikanische Truppen und „Sicherheitskräfte“ an vorderster Front agieren. Deutschland und die EU übernehmen den Transport, die Finanzierung (bezeichnender Weise über den Europäischen Entwicklungsfonds), die Ausbildung sowie sporadische Luftschläge und den Einsatz von Spezialkräften. (...) Das Mandat für die EU-Mission umfasst auch das Hoheitsgebiet anderer Staaten in der Region. (...) Das Mandatsgebiet für Lufttransport und Betankung erstreckt sich gleich auf alle Truppenstellerstaaten der AFISMA sowie etwaige Transit- und Anrainerstaaten‘ und damit potentiell auf mehr als ein Drittel des gesamten afrikanischen Kontinents.“³⁵*

- Frankreich betreibt eine postkoloniale Kolonialpolitik mit Militärstützpunkten in Niger, Mauretanien, Senegal, der Zentralafrikanischen Republik und Burkina Faso. Es versucht, Deutschland – und möglichst die ganze EU – in diese Politik einzubinden, da voraussichtlich die französischen finanziellen Möglichkeiten nicht ausreichen, diese Politik auf eigene Rechnung durchzusetzen. Auf die Rohstoffinteressen im gesamten Sahelgebiet wurde bereits hingewiesen. Doch es geht nicht allein um die bereits arbeitenden und erwarteten Fördergebiete, sondern auch um die Transportwege für die Rohstoffe.

Als Beispiel sei die fast 4.000 km lange Gas-Pipeline von Nigeria zur algerischen Mittelmeerküste genannt. Sie wird vom algerischen Staatsunternehmen und Ölmonopolisten SONATRACH und dem russischen Unternehmen Gazprom finanziert.³⁶ Diese Politik kann durchaus zu Kämpfen über viele Grenzen hinweg in großen Teilen der Sahelzone, also im nördlichen Afrika führen. Auch die Pipeline von Tschad durch Kamerun an den Golf von Guinea birgt erhebliches Konfliktpotential.

- Wenn die EU diese Politik unter Federführung Frankreichs weiterführt – möglicherweise Schritt für Schritt – wird Deutschland noch stärker zum Partner von korrupten und repressiven Eliten in Afrika, die ihre Völker ausplündern und sich gegen die demokratischen und freiheitlichen Impulse der Arabellion wenden.

³⁴ Detailliert hierzu: Ruf, Werner a.a.O.

³⁵ Marischka, Christoph: Wie der Terrorismus nach Westafrika kam, in: Friedensforum 2/2013.

³⁶ Ruf, Werner a.a.O.



Beratung zur Situation in Mali im UN-Sicherheitsrat am 25.06.2013

- Damit verbaut sich Deutschland die Möglichkeit, eine Politik der zivilen Kooperation auf gleicher Augenhöhe und eine Politik der zivilen Konfliktbearbeitung gegenüber dem großen und potentiell reichen afrikanischen Kontinent zu entwickeln.
- Wenn sich der Krieg ausweitet, wird Deutschland nicht nur zu verstärkter Finanzierung aufgefordert werden, weil Frankreich allein sie nicht leisten kann. Es wird auch die Bundeswehr zunehmend als Kampftruppe in den Weiten der Sahelzone gefordert werden.

Die sich überlappenden Konfliktherde in Mali in Stichworten

- Sezessionskrieg ausgehend von den Tuaregs, die sich stets vernachlässigt gefühlt haben. Sezessionen werden von den afrikanischen Staaten abgelehnt, da sie diese im eigenen Lande immer auch angesichts der ethnischen Vielfalt und jeweils höchst

unterschiedlichen Interessen befürchten müssen (z.B.: Katanga im Kongo).

- Krieg zur Abwehr von Islamisten/Al Quaida, die von Katar, möglicherweise auch von Saudi Arabien – den engen Verbündeten des Westens – mit Waffen und Geld unterstützt werden. Sie werden vor allem von denjenigen Tuareg unterstützt, die als Söldner für Gaddafi gekämpft haben und zumeist mit ehemals von Frankreich gelieferten Waffen schwer ausgerüstet nach ‚Azawad‘ zurück gekehrt sind. Darunter sind auch von den USA ausgebildete, aber übergelaufene Anti-Terror-Einheiten mit ihrer Ausrüstung. Alle Erfahrungen haben allerdings gezeigt, dass durch einen Krieg, der sich auf die gesamte Sahel-Zone erstrecken kann, eher die Islamisten gestärkt werden, nicht zuletzt durch das Einsickern islamistischer Kämpfer aus dem Nahen und Mittleren Osten.
- Stabilisierung der Regierung von Mali in Bamako, deren politische und militärische Eliten zerstritten sind und um die Pfründe aus dem Drogenhandel und der Ver-

untreuung von Entwicklungshilfemittel konkurrieren. Ihre grundsätzliche Infragestellung durch das vernachlässigte Militär und durch die verarmte Bevölkerung soll verhindert werden. Hierbei geht es um ein Exempel zur Sicherung und Stützung von anderen Regierungen in Westafrika, die bereit sind, auf der bisherigen postkolonialen Basis mit Frankreich und den NATO-Staaten zusammen zu arbeiten. Darüber hinaus geht es um die grundsätzliche Frage der Verteilungsgerechtigkeit in der malischen Gesellschaft. Mali ist kein armes Land. Arm ist jedoch die Masse der Menschen in Mali.

- Die Sicherung von Bodenschätzen wie Gas, Öl, Gold und anderen wertvollen Rohstoffen, die vor allem in Nord-Mali vorhanden sind oder vermutet werden, für die Ausbeutung durch französische und andere europäische Konzerne. Dies gilt grenzüberschreitend für die ganze Zone. Allein im benachbarten Niger wird vom Areva-Konzern ein Drittel des von Frankreich für seine Atomkraftwerke benötigten Urans abgebaut. Das Uran für jede zweite Glühbirne in Frankreich stammt aus Niger. Diese Ausbeutung der Rohstoffe ist nur möglich, wenn die Transportwege oder Pipelines, die nicht nur durch lange Wüstenstrecken, sondern auch durch mehrere Staaten geführt werden müssen, auch gesichert werden können. Dieses Konfliktfeld geht deshalb weit über Mali hinaus und betrifft große Teile Nordafrikas. Angesichts der globalen Machtver-

schiebungen geht es Frankreich und dem Westen darum, Einflusszonen und Rohstoffzugänge in Afrika zu sichern. Das wird im Falle Mali – wie auch sonst – durch militärische Mittel, nicht aber durch Verständigung und vorteilhafte Vereinbarung aller Akteure betrieben. Entführer und Geiselnnehmer forderten immer wieder, dass mehr Geld aus den Gewinnen beim Uranabbau im Lande bleiben und der Bevölkerung zugute kommen müsse. Der Niger zum Beispiel gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Uran-Schürfrechte in Niger hat sich auch China gesichert, das sich am „Landgrabbing“ entlang des Flusses Niger beteiligt. Straßen gibt es in vielen Regionen nicht, ebenso wenig eine sichere Wasserversorgung. Schulen und Krankenhäuser fehlen. Außerdem führt der Uranabbau zu einer enormen Umweltverschmutzung.³⁷

Interessen der Konfliktakteure ³⁸

- Legitim ist das Bemühen der Regierung in Bamako, eine Teilung Malis zu verhindern.
- Legitim ist auch das Bemühen der Bevölkerung Nord-Malis, eine gewisse Autonomie angesichts ihrer besonderen Lebensverhältnisse zu erlangen und somit über ihre Lebensgestaltung verstärkt mitbestimmen zu können.
- Legitim ist es auch, wenn ein gemeinsamer Staat erhalten werden soll, von diesem eine angemessene größere Förderung der Bevölkerung in Nord-Mali zu fordern.

37 Seifert, Dirk: Krieg um Uran? Mali, Niger und der Uranabbau für Atomkraftwerke, 14.1.2013,

<http://umweltfairaendern.de/2013/01/krieg-um-uran-mali-niger-und-der-uranabbau-fuer-atomkraftwerke/>

38 Die Begriffe der ‚legitimen und illegitimen Interessen‘ verstehen wir insofern als politisch bestimmte Begriffe, die sich auf eine angemessene friedliche Lösung von Konflikten bezieht. Die Aussagen hierzu werden häufig umstritten sein.

- Legitim ist ebenfalls, wenn die Bevölkerung Süd-Malis die Verwendung der staatlichen Einnahmen für die Verbesserung ihrer Lebenssituation und Infrastruktur im weitesten Sinne verlangt und sich deshalb gegen die korrupten Eliten wendet.
- Legitim ist es auch, wenn von verschiedenen Seiten, zumal auch aus der zivilen Gesellschaft, gefordert wird, die Konflikte nicht länger militärisch auszutragen und sich deshalb gegen jede militärische Eskalation zu wenden.

Ziele Ziviler Konfliktbearbeitung im Mali-Konflikt

„Im sicherheitslogischen Denken werden tatsächlich existierende Probleme aus ihrem gesellschaftspolitischen Kontext herausgelöst und – je unlösbarer sie scheinen – nicht als Aufgabe, sondern als Bedrohung interpretiert, vor der es sich zu schützen gilt. Dieser Pfad der ‚Versicherheitslichung‘ (L. Brock) führt – wider Willen – in eine Militarisierungsfalle. Wir leisten uns einen riesigen Gewaltapparat zum Schutz vor Bedrohungen, die aus ungelösten Konflikten entstehen, haben aber nur wenig Kraft, um gesellschaftspolitische Probleme wie Energieversorgung, Umweltzerstörung und die Tatsache von Differenzen zu lösen, bevor sie eskalieren, und nur wenig Kraft um ihrer Eskalation vorzubeugen. Politisches Handeln ist heute dieser Logik der Versicherheitslichung offensichtlich ausgeliefert. Man weiß, dass Militärinterventionen eben die Sicherheitsprobleme verstärken und erzeugen, die sie lösen sollen und

gleichzeitig die Friedensressourcen im eigenen und im fremden Land zerstören. Und doch dämpfen die NATO-Staaten immer wieder in Militärinterventionen hinein. Aus der Militarisierungsfalle kommt Politik nur dann heraus, wenn sie Frieden wieder zum Leitbegriff macht.“³⁹

Das überwältigende Ziel ziviler Konfliktbearbeitung in Mali besteht darin, eine Ausweitung der kriegerischen Auseinandersetzungen auch außerhalb von Malis Grenzen im Bereich der Sahel-Zone zu verhindern. Schon werden Konflikte in Nachbarländern, die zum Teil ethnisch und religiös unterlegt sind, auf den Konflikt in Mali bezogen.⁴⁰ Die Gefahr ist groß, dass alle Einzelkonflikte zu einem bewaffneten Gesamtkonflikt eskalieren, der dann unter den Stichworten „Terrorismusbekämpfung“ einerseits und der „Befreiung der islamischen Völker von der Vorherrschaft des Westen und/oder der Ungläubigen“ andererseits geführt wird.

Um eine solche blutige Entwicklung zu verhindern, ist es erforderlich, Kerne von Aussöhnungsprozessen zu installieren, die im Dialog und in enger Verbindung miteinander konkrete Streitigkeiten zu entwirren und zu lösen versuchen, wie auch einen übergreifenden Dialog zwischen den wichtigsten Konfliktpartnern zu etablieren, etwa im Sinne der im Kalten Krieg in Europa geführten Dauerkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). Dabei wird es von größter Wichtigkeit sein, die Bevölkerung in die Dialoge mit einzubeziehen, da diese sehr stark an der Herstellung von Frieden interessiert ist, um ihre Überlebensgrundlagen zu sichern.

³⁹ Birckenbach, Hanne-Margret: Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Vortrag auf der 11. Internationalen Münchener Friedenskonferenz am 1.2.2013.

⁴⁰ FR 4.6.2013.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, die von außen einwirkenden Kräfte der westlichen Interventionsmächte, wie auch der arabisch-islamischen Staaten, die Waffen und Geld an die Rebellen liefern, in ihrem militärischen Verhalten zurück zu drängen.

Es besteht die Gefahr, dass hierarchische Dialoge entstehen in dem Sinne, dass die Regierung oder politische und militärische Eliten sich als die starken übergeordneten Kräfte darstellen und den anderen scheinbar schwächeren Kräften nur „Zuckerbrot“ zur

„Pflichterfüllung“ anbieten. Anzustreben und zu erreichen ist ein Dialog auf Augenhöhe.

Ein wichtiges Mittel ziviler Konfliktbearbeitung ist in der Bildung von Vertrauen bei den jeweiligen Dialog- oder Konfliktpartnern zu sehen. Dabei können einseitige – auch als Vorleistung verstandene – Schritte von größerer Wirkung sein. Selbstverständlich müssen diese auch gegen Sabotage und Rückschläge aufrechterhalten werden, was große Standfestigkeit erfordert.

Alternativen zum militärischen Konfliktaustrag in Mali

Anforderungen an die Akteure

Im Mali-Konflikt sind viele, höchst unterschiedliche Akteure beteiligt, was auf die Komplexität des Konflikts verweist. Die folgenden Aufgaben könnten, wenn sie wahrgenommen werden, zu einer friedlichen Lösung führen und vermutlich für fast alle Beteiligten die jeweilige Situation verbessern.

Die Regierung in Bamako und die sogenannten Eliten

- Sie sollten deutlich zur Kenntnis geben, dass sie nicht an einer militärischen Lösung interessiert sind, sondern eine politische Verständigung gegen alle feindbildreichen Stimmungen im Lande anstreben. Dementsprechend würden sie militärische Eingreiftruppen von außerhalb, von der

ECOWAS wie auch von den Vereinten Nationen, zurückweisen.

- Sie sollten den Dialog mit den dazu bereiteten Tuareg-Stämmen und den anderen Ethnien über den Status und die Förderung des Nordens von Mali bald möglichst aufnehmen. Dazu gehört die politische und moralische Stärkung des zivilen Widerstands all jener, die im Norden islamistischen Angriffen ausgesetzt sind und für eine politische Lösung eintreten. Dabei ist zu erinnern, dass in Mali bereits 1996 auf Initiative zivilgesellschaftlicher Akteure der damalige Bürgerkrieg zwischen malischer Armee und Tuareg-Rebellen im Rahmen der berühmten Waffenverbrennung von Timbuktu, der „*flamme de la paix*“, beendet werden konnte.⁴¹
- Parallel dazu ist eine Einigung im Süden (Bamako) über die Verfassung und

41 www.afrique-europe-interact.net

eine Regierung herbeizuführen, damit auf dieser Seite überhaupt Verhandlungsfähigkeit hergestellt werden kann. Dass die für Juli 2013 vorgesehenen Wahlen dies leisten können, ist höchst zweifelhaft. Zu befürchten ist eine Zementierung der alten korrupten Machtverhältnisse, da für eine politische Besinnung und Formierung der Gesellschaft nicht genügend Zeit zur Verfügung stehen würde.

- Johan Galtung schlägt vor, ein Zweikammerparlament zu bilden, eine nationale Kammer und eine territoriale Kammer. In Letzterer können die höchst unterschiedlichen Verhältnisse innerhalb Malis zur Sprache und Entscheidung kommen.⁴²

Die Bevölkerung in Süd-Mali

- Sie sollte weiterhin dafür eintreten, die ‚Concertations nationales‘ – eine Art Vollversammlung aller gesellschaftlichen Gruppen – einzuberufen, die auf einer breiten demokratischen Basis über die alten Eliten hinaus grundsätzliche politische Entschlüsse zur Verteilung der Ressourcen innerhalb der Gesellschaft, zu entwicklungspolitischen Weichenstellungen, wie auch zu zukünftigen Wahlen diskutieren und verabschieden sollten.
- Auf diesen ‚Concertations nationales‘ könnte auch die Möglichkeit einer Dauerkonferenz im Sinne der KSZE in Europa (s.o.) erörtert und möglicherweise gefordert werden.
- In Mali gibt es in und zwischen den zahlreichen Ethnien eine hoch entwickelte Kultur der Vermeidung und zivilen Bewältigung von Konflikten. Sie wird auch

als ‚Cousinage‘ bezeichnet, da dabei die zahlreichen Verwandtschaftsbeziehungen quer über ethnische Grenzen hinweg eine Rolle spielen. Diese Tradition sollte genutzt werden zu einer Meinungsbildung in der Gesellschaft in Bezug auf deren zukünftige Gestaltung. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Friedensbündnisse und -aktivitäten, die es zu unterstützen – nicht zu dominieren – gilt. Repressionen ihnen gegenüber sollten international angeprangert werden.

Die Tuareg-Stämme

- Die Tuareg-Stämme sind aufgefordert, für ihre Interessen in einen Dialog mit der Regierung in Bamako und mit betroffenen Nachbarstaaten einzutreten, sich aber von islamistischen Gruppierungen, die überwiegend einen Religionskrieg im Sinne haben, zu distanzieren.
- Sie sollten ihre Interessen mit den anderen Ethnien im Norden Malis abstimmen und diese in Dialoge und Verhandlungen einbeziehen. Dies ist die Voraussetzung für gute Verhandlungen mit Bamako, wobei eine Verständigung gegenüber separatistischen Forderungen überwiegen sollte.

Die islamischen Gruppen

- In Mali ist ein liberaler Islam vorherrschend. Es gibt aber auch radikalere Ansätze, wie in anderen Religionen. Es wäre hilfreich, einen Dauerdiallog zwischen den verschiedenen Strömungen zu etablieren. Das scheint auch durchaus möglich zu sein. Zum Beispiel ist der Vorsitzende des

42 Galtung, Johan a.a.O.

Hohen islamischen Rats im Süden ein den Wahhabiten nahe stehender Moslem, ohne dass dort eine breite Radikalisierung der Moslems aufgetreten ist.

- Die Instrumentalisierung islamischer Gruppen durch auswärtige Mächte ist zu unterbinden.
- Islamische Theologen verschiedener Orientierung haben im Vergleich zur alten politischen Elite eine hohe Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung. Viele der erforderlichen Dialogprozesse könnten deshalb mit ihrer Hilfe ermöglicht und eingeleitet werden.

Die ECOWAS

- Die ECOWAS sollte ihren Beschluss, nach Mali Soldaten zu schicken, aufheben und stattdessen erklären, dass sie eine Verhandlungslösung der anstehenden Probleme in Mali bevorzugen und diese, wo immer möglich, unterstützen würde. Damit würde auch für angrenzende Länder ein Signal gegeben, wie mit ethnischen oder religiösen Problemen umgegangen werden kann.

Die Nachbarstaaten

- Die Lebensbereiche der Tuareg sind nicht auf Mali beschränkt. Auch in den Nachbarländern leben Tuaregs. Es könnte hilfreich sein, mit ihnen einen Dauerdiallog einzurichten, der sich auch auf die Beziehungen zu Mali richtet. Das könnte dazu beitragen, dass das Augenmerk dieser Länder sich auf politische Strategien der Problemlösung richtet und nicht auf militärische oder gar auf die Entsendung von Kampftruppen nach Mali.

Die Vereinten Nationen

- Die UNO hat bereits beschlossen, UN-Kampftruppen nach Mali zu entsenden (s.o.). Zu verlangen ist, dass dieser Beschluss revidiert wird und vom Sicherheitsrat Verhandlungslösungen unterstützt werden.
- Die frei werdenden Mittel sollten für eine Verstärkung der humanitären und medizinischen Hilfe und für die Versorgung von Flüchtlingen eingesetzt werden.

Frankreich

- Frankreich war und ist die treibende Kraft der militärischen Intervention in Mali. Wenn es auch einen großen Teil seiner Interventionstruppen abzuziehen beabsichtigt, so wird es und will es durch nahe gelegene französische Stützpunkte in den Ländern Westafrikas weiterhin als militärische Eingreifmacht verstanden werden. Aktuell kritisieren Teile der Bevölkerung in Mali, dass Frankreich seine wirtschaftlichen und militärischen Interessen rücksichtslos durchsetzt. Zu fordern ist von Paris, seine postkoloniale Machtperspektive aufzugeben und sich zu einer Politik der Kooperation auf gleicher Augenhöhe zu bekennen. Noch immer wird die EU-Politik für Afrika maßgeblich in Paris formuliert, was einem solchen Dialog auf Augenhöhe als Hindernis im Wege steht.

Die Europäische Union

- Die EU sollte eine internationale Mediationsgruppe bilden, die bei den Dialogen hilfreich vermitteln kann. Sie sollte auch traditionelle Formen der interethnischen zivilen Konfliktbearbeitung berücksichtigen.

gen können. Es besteht eine Notwendigkeit, auf Konsensbeschlüsse hin zu arbeiten, da bei Mehrheitsbeschlüssen der Norden Malis stets unterlegen sein würde.

- Von der EU ist zu fordern, dass sie sich grundsätzlich gegen militärische Interventionen in Mali und den Nachbarländern ausspricht und stattdessen sich zu politischen Lösungen bekennt. Nur für diese soll sie Hilfe und Unterstützung anbieten.
- In den Staaten der EU sind große öffentliche Veranstaltungen zu fordern, die über die realen Konflikte und Interessen in Mali informieren und die Folgen eines militärischen Konfliktaustrages aufzeigen. Dabei sollte auch erörtert werden, dass das westliche Modell eines bürgerlich-demokratischen Einheitsstaates nicht einfach auf die Verhältnisse in Afrika zu übertragen ist, weil dort in der Regel die Vielfalt nach Ethnie, Sprache, Religion, Geschichte und geographischer Zuordnung viel zu groß ist. Ein föderatives Modell mit Demokratie in den einzelnen Teilen und viel Autonomie kann angemessener sein.⁴³
- Innerhalb der NATO sollten die NATO-EU-Staaten auf ein Ende des „Krieges gegen den Terror“ drängen.
- Bevormundungen afrikanischer Staaten und wirtschaftliche Ausplünderungen durch EU-Staaten sind zu unterbinden.

Die Bundesrepublik Deutschland

- Die Bundesrepublik sollte sich aus der militärischen Unterstützung und aus der Militärausbildung zurückziehen. Dadurch würde sie unmissverständlich signalisieren, dass sie sich nicht an dem Militärprojekt einer Kontrolle Nord- und Westafrikas beteiligen will, sondern kooperative Beziehungen anstrebt. Darüber sollte sie auch einen öffentlichen deutsch-französischen Dialog führen, der in beiden Gesellschaften die weitreichenden Probleme erkennbar macht.
- Deutschland sollte für die Durchführung der Dialoge eine kompetente Mediationsinstitution aufbauen und in Kooperation mit der EU zur Verfügung stellen. Diese könnte auch bei anderen Konflikten sehr hilfreich sein. Eine Voraussetzung dafür wäre, dass sich die BRD nicht weiter an dem militärischen Konfliktaustrag beteiligt und somit ihren Vermittlerstatus sicherstellt.
- Angesichts der vielen Flüchtlingswanderungen auch in angrenzende Länder Malis sollte die BRD umfangreiche humanitäre Hilfe leisten.
- Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit BRD-Mali sollte eine neue Orientierung auf die Bedürfnisse der armen Bevölkerung, also vornehmlich der Kleinbauern und Jugendlichen, erhalten, um so die Spannungen in der Gesellschaft zu lindern. Sie darf nicht, wie gerade in Mali geschehen, zur Durchsetzung externer politischer Vorstellungen missbraucht werden.

43 Galtung, Johan a.a.O.

Die USA

- Die US-Regierung führt einen weltweiten Krieg gegen islamische Militante, die sie als Terroristen einstuft. Ihre bisherigen Erfahrungen in diesem Krieg zeigen, dass die islamischen Kräfte durch diesen Krieg nicht geschwächt oder gar ausgeschaltet wurden, sondern im Gegenteil gestärkt hervor gingen. Sie konnten ihre Aktionsgebiete sogar ausweiten. Zu fordern ist von der US-Regierung, dass sie ihren Krieg gegen den Terror beenden und ihren großen Einfluss geltend macht, um Mali, Frankreich und die EU-Staaten zu Verhandlungsbemühungen zu drängen.

Der IWF und andere entwicklungs-politische Institutionen

- Ein wichtiger Faktor in dem Konflikt ist die bittere Armut des größten Teils der Bevölkerung in Mali. Eine gezielte Entwicklungspolitik, die auch wirklich bei der großen Masse der armen Bevölkerung ankommt, würde deshalb wesentlich zur Entspannung beitragen. Hilfreich wären konkret umsetzbare Antikorruptionsregeln.

Die Friedensbewegung und NROs in Europa

- Die Armut der Bevölkerung beruht nicht zuletzt darauf, dass sie nicht an den großen Gewinnen aus dem Abbau von Rohstoffen beteiligt wird, und diese Mittel nicht zentral für die Verbesserung der Bildung, der einheimischen Ökonomie, des Gesundheitswesens usw. eingesetzt werden. NROs sollten daher diese Thematik in der Öffentlichkeit aufwerfen und den Parteien vorlegen.
- Sie sollten gezielt für die Unterstützung von Friedensgruppierungen in Mali werben.⁴⁴
- Ihre vielleicht wichtigste Aufgabe ist es, die nur scheinbar menschenrechtliche, aber tatsächlich islamfeindliche Rechtfertigung des Krieges in Mali und darüber hinaus in der europäischen Öffentlichkeit aufzudecken, sowie die realen Hintergründe dieser Militärintervention und die zivilen Alternativen zur Konfliktbearbeitung darzustellen. **Denn der Mali-Konflikt ist kein kleiner Konflikt irgendwo in Afrika. An ihm entscheiden sich grundsätzliche Orientierungen europäischer Kriegs- oder Friedenspolitik.**

⁴⁴ Kontakte z. B. über: www.afrique-europe-interact.net



Nachwort

Am 18. Juni 2013 verkündete der französische Präsident Hollande am Rande des G-8-Gipfels in Nordirland, in der Hauptstadt des westafrikanischen Staates Burkina Faso hätten sich die Vertreter der malischen Übergangsregierung mit Tuareg-Rebellen nach zehntägigen Verhandlungen auf eine Waffenruhe geeinigt. Die für den 28. Juli 2013 geplanten Präsidentschaftswahlen könnten *„überall in Mali abgehalten werden, einschließlich Kidal“* (Süddt. Zeitung, 20.6.2013).

Die im Norden Malis gelegene Stadt Kidal wird zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Dossiers (Juni 2013) immer noch von Tuareg-Rebellen kontrolliert, die Tuareg stellen in Kidal die ethnische Mehrheit der Bevölkerung.

Die französische Regierung hindert die malische Armee daran, in Kidal einzudringen und die Tuareg-Rebellen zu vertreiben, weil

sie ein Blutbad mit vielen Rache-Massakern fürchtet.

Diese Haltung Frankreichs führt insbesondere in der malischen Hauptstadt Bamako zu immer größerem Unverständnis und Zorn, da die Rebellen dadurch in der Lage sind, das Tempo der Verhandlungen zu diktieren.

Mit dem Waffenruhe-Abkommen vom 18. Juni 2013 sagten die Tuareg-Rebellen zu, dass Regierungstruppen in Kidal Stellung beziehen dürften, um die Präsidentschaftswahlen zu beaufsichtigen. Damit ist aus Sicht der Übergangsregierung in Bamako die staatliche Einheit als Voraussetzung von Wahlen wieder hergestellt.

Die Tuareg-Rebellen sicherten in dem Abkommen auch zu, keine weiteren Gebiete zu erobern. Im Gegenzug dürfen sie bis zu

einem umfassenden und endgültigen Friedensabkommen, das nach den Wahlen mit der dann neu gebildeten Regierung zu schließen sein wird, ihre Waffen behalten.

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton nannte das Waffenruhe-Abkommen „historisch“, die Kommissionspräsidenten der Afrikanischen Union, Nkosazana Dlamini-Zuma rief erheblich zurückhaltender dazu auf, *„nichts zu unternehmen, was den Friedensprozess in Mali behindern könnte“* (Süddt. Zeitung, 20.6.2013).

Die in diesem Dossier genannten grundsätzlichen Ursachen der Konfliktlagen in Mali und darüber hinaus in der gesamten Region West- und Nordafrika sowie in der Sahelzone sind weder mit dem Waffenruhe-Abkommen, noch mit einem Friedensabkommen aufgehoben.

Dennoch zeigt dieses Abkommen, dass bei entsprechendem Willen maßgeblich beteiligter Akteure Deeskalationen und zivile Konfliktlösungen im Bereich des Möglichen liegen. Dazu braucht es konstruktiver flankierender Maßnahmen all der Akteure von außen, die mit ihren (Rohstoff-)Interessen bisher Teil der Probleme statt Teil der Lösungen waren.

Hinweis

Alle Internet-Adressen wurden zuletzt am 24.6.2013 aufgerufen.

Redaktionsschluss: 24.6.2013

Autoren

Prof. Dr. Andreas Buro ist friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie und Koordinator des „Monitoring Projekts: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention“.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes



**Bestellungen an Kooperation für den Frieden
Römerstr. 88 · 53111 Bonn**

Organisation/Gruppe _____

Vorname, Name _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

eMail _____

Ich/wir bestellen Expl. der BürgerInnen-Information zum Monitoring-Projekt.

Ich/wir bestellen Expl. Dossier I: Der Iran-Konflikt
1 Expl. à 1,- EUR; ab 5 Expl. à 0,50 EUR; ab 50 Expl. à 0,40 EUR

Ich/wir bestellen Expl. Dossier 1b: Die Iran-Verhandlungen – November 2012

Ich/wir bestellen Expl. Dossier III: Der Israel-Palästina-Konflikt – Neuauflage Juni 2010

Ich/wir bestellen Expl. Dossier IV: Der Afghanistan-Konflikt – Neuauflage Nov. 2009

Ich/wir bestellen Expl. Dossier V: Syrien zwischen gewaltfreiem Aufstand
und Bürgerkrieg – aktualisiert: September 2012

Ich/wir bestellen Expl. Dossier VI: Der Mali-Konflikt – Juli 2013
jeweils: 1 Expl. à 1,20 EUR; ab 5 Expl. à 1,00 EUR; ab 50 Expl. à 0,70 EUR

zzgl. Versandkosten / gegen Rechnung.